



1 Beschluss der Diözesanversammlung vom 2.12.2007

2 Schule in NRW: Kompetenzen stärken – Jugend beteiligen

3
4

5 **Einleitung**

6 Schule ist ein Ort der Sozialisation für Kinder und Jugendliche, auf deren Ausgestaltung und
7 auf deren Rahmenbefinden sie weitgehend keinen Einfluss haben. In der Schule wird ein zent-
8 raler Teil ihrer gesellschaftlichen Zukunftschancen verteilt, auf die diese selbst keinen Zugriff
9 haben. Kinder und Jugendliche fallen als Akteure politischen Handelns weitgehend aus, wes-
10 wegen Eltern und Kinder- und Jugendverbände in ihrem Interesse Forderungen und Wünsche
11 artikulieren, damit das wohlverstandene Interesse der Kinder und Jugendlichen in politische
12 Prozesse eingebracht werden kann.

13
14 Zentraler Punkt der aktuellen Bildungsdebatte ist in der letzten Zeit sicherlich die Schule
15 (Primar- und Sekundarstufe) gewesen. Nicht erst seit PISA zeigt die wissenschaftliche und
16 politische Diskussion, dass es Reformbedarf in diesem Bereich gibt. Diese Diskussion ist
17 richtig und wichtig, wird doch ein sehr großer Teil der Lebensrealität von jungen Menschen
18 durch Verweilen in diesen Bildungsinstitutionen geprägt und hängt der Zugang zu einem ei-
19 genbestimmten Leben häufig direkt vom Erfolg in diesen Bildungsinstitutionen ab. Ebenso
20 führt ein individuelles Versagen in diesen Zusammenhängen häufig zu einer Verkettung von
21 Zuständen, die große individuelle Probleme im Hinblick auf ein selbstbestimmtes Leben auf-
22 werfen. Zukunftschancen werden also zentral in Bildungsinstitutionen verteilt, was die Aus-
23 gestaltung dieser Institutionen zu einer zentralen Frage politischen Handelns für Kinder und
24 Jugendliche werden lässt.

25
26 Die Weiterentwicklung der jetzt begonnenen Überlegungen muss mit großer Transparenz und
27 nicht unter Ausschluss der Öffentlichkeit geführt werden. Sie muss vielmehr unter Beteili-
28 gung der Betroffenen fortgesetzt und konkretisiert werden. Solche Konkretisierungen bezie-
29 hen sich auf folgende Bereiche:

30
31 Die aktuelle schulpolitische Diskussion fokussiert sich insbesondere auf folgende Punkte, zu
32 denen wir uns positionieren wollen.

33
34

34 **Lehrpläne**

35 Wir begrüßen, dass die neuen Kernlehrpläne, die derzeit entwickelt werden, eine deutliche
36 Kompetenzorientierung vorweisen. Die dort aufgeführten fachspezifischen Kompetenzen
37 (z.B. Sachkompetenz, Methodenkompetenz, Urteilskompetenz und Handlungskompetenz)
38 müssen nach unserer Auffassung eine konkrete Anbindung an Lebenswelt und Lebenswirk-
39 lichkeit der Schülerinnen und Schüler vorweisen. Angesichts der Verkürzung der Schulzeit in
40 der Sekundarstufe I halten wir eine Überarbeitung der Kernlehrpläne hinsichtlich der Menge
41 des erwarteten Stoffes für notwendig.

42
43 Zudem sollten die geschaffenen Freiräume für Schulen („selbstständige Schule“ und Schul-
44 profil) stärker genutzt werden, auch fächerübergreifend fachspezifische Kompetenzvermitt-
45 lung zu bündeln und Unterricht in Projekt- und Blockphasen umzuwandeln sowie Lerninhalte
46 entsprechend fächerübergreifend zu modifizieren.

47
48 Die aufgrund der Verkürzung der Sekundarstufe I sich verändernde Lernprogression (Anord-
49 nung, Auswahl und Ablauf von Lerninhalten) geht auf Kosten der außerschulischen Lebens-
50 planung von Kindern und Jugendlichen. Eine Ausweitung des Nachmittagsunterrichts bzw.

1 der diskutierte Samstagsunterricht gehen zu Lasten von Gruppenstundenplanung und Wo-
2 chenendmaßnahmen. Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf freie und selbstbestimmte
3 Zeit. Spezifische Bedürfnisse der außerschulischen Jugendbildung müssen auch berücksich-
4 tigt werden. Die dort erworbenen Kompetenzen sind nicht weniger wichtig als die schulisch
5 vermittelten Kompetenzen.

6
7 Zudem muss die formulierte Berücksichtigung der individuellen Lernzugänge und Lernge-
8 schwindigkeit von Kindern und Jugendlichen ihre Entsprechung in der Einordnung vor der
9 allgemeinen Lernzielerwartung der jeweiligen Fächer finden. Dies gilt insbesondere auch für
10 benachteiligte Kinder und Jugendliche und Kinder und Jugendliche mit Migrationshin-
11 tergrund.

12 **LehrerInnenaus- und -fortbildung**

14 Die Grundlagen der neuen LehrerInnenausbildung in Nordrhein-Westfalen sehen eine Inten-
15 sivierung des Praxisbezugs und eine Stärkung der fachlichen und pädagogischen Profilierung
16 künftiger Lehrkräfte vor. Dies ist zu begrüßen, jedoch muss die Stärkung der Verantwortung
17 der wissenschaftlichen Hochschulen in der LehrerInnenausbildung und der Freiräume der
18 Einzelschule auch verbindlich an die Praxis angebunden werden. Hierzu gehören unseres Er-
19 achtens regelmäßige verpflichtende Fortbildung zur Lebenswelt von Kindern und Jugendli-
20 chen und die stärkere Einbeziehung von „KompetenzpartnerInnen“, etwa seitens der außer-
21 schulischen Jugendbildung. Die Anwendung etwa von handlungsorientierten Methoden setzt
22 deren Vermittlungskompetenzen durch die Lehrkräfte voraus.

23 Zur besseren Berufsentscheidungsfindung junger Menschen für das Lehramt gehört eine grö-
24 ßere Transparenz der alltäglichen Arbeit der Lehrkräfte und eine Öffnung des Systems Schu-
25 le.

26
27 Die außerschulische Jugendarbeit verfügt über Kompetenzen, die wir zusätzlich in die schul-
28 politische Debatte einbringen wollen.

29 **ExpertInnenrat**

31 Zur Beratung, Entwicklung, Modifizierung und Konkretisierung der oben genannten Bereiche
32 fordern wir die frühzeitige Einbeziehung der Jugendverbände durch eine legitimierte und in-
33 stitutionalisierte Form in die schulpolitischen Entscheidungen auf ministerieller und parla-
34 mentarischer Ebene.

35 **Schulsystem**

37 Eine zentrale und häufig diskutierte Frage ist, inwieweit unser gegenwärtig gegliedertes
38 Schulsystem den Anforderungen unserer Gesellschaft und deren Wandel gerecht wird.

39
40 Der Maßstab muss dabei sein, wie für möglichst alle AdressatInnen des Bildungswesens eine
41 möglichst große individuelle Förderung auf der Grundlage des Nutzens der eigenen Talente
42 erreicht werden kann. Unbestreitbar hat PISA Jahr für Jahr gezeigt, dass Bildungserfolg und
43 soziale Herkunft in einem Maße korrelieren, wie es stärker in keinem westlichen Industrie-
44 land vorkommt. Dies hat große individuelle und volkswirtschaftliche Folgen, die den Men-
45 schen und dem Land nicht zum Nutzen gereicht. Aus Sicht des BDKJ in der Erzdiözese Köln
46 ist es daher Aufgabe jeder Bildungspolitik, diesen Zusammenhang zu minimieren und so zu
47 erreichen, dass sich jeder Mensch nach seinen Fähigkeiten in unserem Bildungssystem fort-
48 entwickeln kann. Dabei gebietet unser christliches Menschenbild, dass die Talente des Ein-
49 zelnen im Mittelpunkt stehen und nicht die ökonomischen Verhältnisse, in die der Einzelne
50 hineingeboren wird.

51

- 1 Die Diözesanversammlung beauftragt den Diözesanvorstand:
2
3 - einen Prozess zu gestalten, der in eine Beschlussfassung der nächsten regulären Diö-
4 zesanversammlung über ein bildungspolitisches Konzept mündet, das auch eine Aus-
5 sage über das Schulsystem trifft.
6 - ein ‚Schulforum‘ zu veranstalten, das eine breite fachliche Diskussion mit AkteurIn-
7 nen im Bildungswesen und bildungspolitischen ExpertInnen sowie zwischen den Mit-
8 gliedsverbänden und Regionen ermöglicht.
9 - aus diesem Forum soll eine Arbeitsgruppe der kath. Jugendverbände im Erzbistum
10 Köln entstehen, die sich mit der Schaffung von Entwürfen alternativer Schulsysteme
11 beschäftigt.
12
13 Die Diözesanversammlung empfiehlt den Mitgliedsverbänden und Regionen, sich an diesem
14 Prozess zu beteiligen.